

Union in Deutschland

Informations-Dienst

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands

Verlag und Vertrieb: Bonn, Argelanderstraße 173. Redaktion: Bonn, Pressehaus IV, Zimmer 48 (Tel. 2 14 08), Görresstraße

Nr. 77/78

Bonn, den 6. Oktober 1955

IX. Jahrg.

Der Bundesparteiausschuß tagte in Bonn

Zustimmung und Dank an den Bundeskanzler, der zur Lage sprach

Maßhalten auch in der Hochkonjunktur — Verstärkter Kampf gegen den Materialismus ist nötig — Zähes und langwieriges Ringen um die Wiedervereinigung — Vertrauen des Westens darf nicht gefährdet werden — Der kommende Parteitag in Baden-Baden — CDU/CSU muß auch nächsten Wahlkampf gewinnen

Bundeskanzler und Parteivorsitzender Dr. Adenauer gab in den Sitzungen der führenden Parteigremien, Bundesparteivorstand und Bundesparteiausschuß, am vergangenen Wochenende einen umfassenden Überblick über die innenpolitische und außenpolitische Lage. Parteivorstand und Parteiausschuß sprachen dem Bundeskanzler ihre Zustimmung und ihren Dank aus, im besonderen für die Haltung bei den Verhandlungen in Moskau und das dabei erreichte Versprechen der Sowjetregierung, die noch in Rußland zurückgehaltenen Gefangenen freizugeben.

Dr. Adenauer wandte sich vor dem Parteiausschuß zunächst der innenpolitischen Lage und der deutschen Wirtschaftssituation zu. Er sprach die dringende Mahnung aus, daß im Interesse der Erhaltung der wirtschaftlichen Stabilität und der Ordnung der Finanzen alle Faktoren in ihren Forderungen Maß halten. Es zeige sich, daß eine Überbeschäftigung genau so von Gefahren begleitet sei wie eine große Arbeitslosigkeit. Das Maßhalten müsse sich sowohl auf Lohn- und Preisforderungen als auch auf das Verhalten der öffentlichen Hand erstrecken. Maßhalten forderte der Bundeskanzler vor allem auch bei öffentlichen Bauten, da sich andernfalls infolge des Mangels an Arbeitskräften eine Einschränkung des Wohnungsbaues ergeben würde. Ferner wies Dr. Adenauer auf die schwierige Lage der Landwirtschaft, insbesondere der kleinen Betriebe, hin. Man müsse versuchen, in die in Frage kommenden Gebiete auch industrielle Betriebe zu bringen, damit die hier nicht voll ausgelastete bäuerliche Arbeitskraft mit zusätzlichem Verdienst rechnen könne. Damit würde gleichzeitig auch der Industrie geholfen, die unter dem Mangel an Arbeitskräften leide.

Im Zusammenhang mit der Wirtschaftssituation warnte Dr. Adenauer vor einer allzu großen Bewilligungsfreudigkeit in Bund, Ländern und in den Gemeinden. Er forderte zum Maßhalten in neuen Projekten und Baulichkeiten auf. Ebenso wie der Tatbestand, daß Arbeitskraft Mangelware geworden ist, nicht zu übersteigerten Forderungen ausgenutzt werden darf, sollte auch die Preispolitik nicht zu Übersetzungen der Preise führen. Am 14. Oktober wird sich das Kabinett in einer besonderen Sitzung, zu denen Vertreter aus der Wirtschaft, der Finanz usw. hinzugezogen werden, mit der gegenwärtigen Situation befassen. Als Hauptgegenstand des für

Ende November in Baden-Baden in Aussicht genommenen Bundesparteitages ist die Frage der Sozialreform vorgesehen. Dabei handelt es sich nicht nur um eine Reform der Versicherungsgesetze, sondern um eine Anpassung der sozialen Gesetzgebung an die total veränderte Struktur der Gegenwart. Dr. Adenauer verurteilte Reaktionen wie den Milchstreik, zumal, wenn sie aus Kreisen kommen, die selbst im Stellen von Forderungen keineswegs zurück-

haltend sind. Auch der Landwirtschaft, besonders der Kleinlandwirtschaft, müsse das Notwendige zugestanden werden. Zur Stützung der kleinen Landwirtschaft sei es wünschenswert, nach dem Vorbild von Württemberg durch Schaffung kleinerer Industriebetriebe eine gesunde Mischung von Industrie und Landwirtschaft zu erzielen.

Dr. Adenauer äußerte sich sodann zu parteipolitischen Fragen. Er forderte die rechtzeitige Einbringung eines Wahlgesetzentwurfes. Im einzelnen befaßte sich Dr. Adenauer dann mit der Entwicklung im BHE und in der FDP. Für eine Stellungnahme zum BHE, der sich in einem Zustand des weiteren Abbröckelns befindet, sei auch die Situation in den einzelnen Landesverbänden wichtig. Als eine Gefährdung unserer außenpolitischen Situation bezeichnete Dr. Adenauer Äußerungen, die geeignet seien, im Ausland Mißtrauen gegenüber der deutschen Außenpolitik zu erwecken. Darum habe er von der FDP-Fraktion ein klares Bekenntnis zur außenpolitischen Linie der Bundesregierung verlangt. In diesem Zusammenhang wies Dr. Adenauer darauf hin, daß das Ergebnis der Bundestagswahl von 1957 mindestens so wichtig sei, wie das von 1953: Die CDU/CSU muß ihre

Gemeinsamer Weg nach Genf

Auf der Außenministerkonferenz der Westmächte in New York ist das westliche Programm für die Oktoberkonferenz der vier Großmächte in Genf abgesteckt worden. Auch in Luxemburg auf der deutsch-französischen Konferenz stand das gleiche Thema, ebenso wie die Saarfrage, im Vordergrund.

Bei den Beratungen in New York hat sich — positiv sowohl für uns als auch für unsere westlichen Vertragspartner — deutlich gezeigt, daß sich an den Grundsätzen der westlichen Politik nach den Moskauer Beratungen zwischen der deutschen und der sowjetischen Regierung nichts geändert hat. Waren unmittelbar nach Bekanntwerden des deutschen Beschlusses, die sowjetische Aufforderung nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen, anzuerkennen, im Westen kritische, ja mißtrauische Stimmen laut geworden, so haben die Beratungen in New York, an denen Bundesaußenminister von Brentano teilnahm, dazu geführt, daß etwaige Mißverständnisse beseitigt wurden.

Im Zusammenhang mit der New Yorker Konferenz sind naturgemäß wieder zahlreiche Kombinationen über neue Deutschlandpläne für die Genfer Außenministerkonferenz aufgetaucht. Selbstverständlich hat man sich in New York und London Möglichkeiten überlegt, wie die Sowjets dazu zu bewegen sein könnten, einer Wiedervereinigung

Deutschlands zuzustimmen. Alle Pläne aber, die nicht zu zwei Voraussetzungen Rechnung tragen, gehören in den Bereich der politischen Phantasie. Die erste Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit eines Vorschlages ist die, daß er eine Wiedervereinigung vorsieht, bei der die gesamte deutsche Bevölkerung unter einer gesamtdeutschen Regierung in den Genuß der demokratischen Freiheiten kommt, die einem demokratischen und unabhängigen Staat zustehen. Eine zweite Voraussetzung für die Erfolgchancen eines Planes in Genf ist die, daß effektive Sicherheit in unmittelbarer Abhängigkeit von Fortschritten in der deutschen Wiedervereinigung steht.

Selbstverständlich gehören die Pariser Verträge in den Rahmen dieser Diskussion. Es ist vielfach in den letzten Wochen von Revisionsmöglichkeiten gesprochen worden. Soweit diese Anregung aus deutschen Kreisen kam, ist möglicherweise übersehen worden, daß die im Vertrag vorgesehene Revisionsmöglichkeit keineswegs nur zu unseren, also

(Schluß auf Seite 6)

führende Stellung bewahren! Das ist das Ziel, daß auch bei aller Arbeit im Lande im Auge behalten werden muß. Auch die langsame Aufstellung der deutschen Wehrmacht wirkt im Auslande nicht gut. Dr. Adenauer warnte dabei vor allzu großem Mißtrauen gegenüber der kommenden Wehrmacht und ihren Offizieren. Es werden tüchtige und anständige Leute gesucht, die jetzt zum großen Teil schon wieder in gesicherten bürgerlichen Stellungen sind und auf deren berechnete Empfindungen Rücksicht genommen werden müsse. Demokratisch sei es, die Wehrmacht als gleichberechtigtes Mitglied des demokratischen Staates zu behandeln.

Bei einem Überblick über die außenpolitische Situation machte Dr. Adenauer auf die große persönliche Bedeutung des Präsidenten der Vereinigten Staaten aufmerksam, dessen plötzliche Erkrankung von schwerwiegenden Folgen begleitet ist. Eisenhower hat sich den allgemein anerkannten Ruf erworben, ein Friedenspräsident zu sein. In Moskau wurde der deutsche Standpunkt klar, unmißverständlich und deutlich zum Ausdruck gebracht. Es war besser, über bestehende Gegensätze offen zu sprechen, als sie zu verschweigen. Die Möglichkeit dieser offenen Aussprache war bereits ein wesentlicher Erfolg. Die Verhandlungen selbst konnten nur ein Ziel haben: die Verpflichtung auch der Sowjets zur Wiederherstellung der deutschen Einheit ausdrücklich festzulegen. Dieses Ziel wurde erreicht.

Die sowjetischen Staatsmänner sind Realisten, sie haben den Abschluß der Pariser Verträge als Tatsache hingenommen. Bei den Sowjets besteht auch keineswegs eine besondere Furcht vor der Aufstellung der deutschen Streitkräfte. Was die Sowjets aber nicht wünschen, das ist die verstärkte Bindung der USA an Europa. Die Sowjets glauben, eine Preisgabe der DDR nicht verantworten zu können, weil sie darin einen Verzicht auf ihre Ziele in Westeuropa sehen und weil sie immer noch, ihrer kommunistischen Weltanschauung entsprechend, an diesen Zielen festhalten. Das ist der Hauptgrund des sowjetischen Widerstandes, nicht die Pariser Verträge oder die deutschen Divisionen. Wenn die Genfer Konferenz nun ein Erfolg sein soll, dann muß dem Westen klargemacht werden, daß es auch im Interesse des Westens liegt, ein geeintes friedliebendes Deutschland zu schaffen. Dr. Adenauer wies darauf hin, daß die Sowjetunion auch ihren nationalen Kräften im Innern starke Bedeutung beimißt. Daher wird auch die Vergangenheit des russischen Volkes als Tradition gepflegt.

Unser Volk müsse, so betonte Dr. Adenauer, in ganz anderer Weise als bisher geistig gerüstet sein, um diesen Kampf gegen den Kommunismus und den Materialismus aufzunehmen. Entscheidend ist für den Ausgang des Kampfes die Frage, ob unser Volk innerlich gefestigt und geistig gerüstet ist. Dafür müssen alle christlichen Kräfte zusammengefaßt werden. Die CDU im besonderen hat hier ihre große Aufgabe.

Auch die anderen freien Völker sollten die Gefährlichkeit der Sowjetunion nicht vergessen und in ihrer Wachsam-

keit nicht nachlassen. Die Sowjetunion steht vor großen innerpolitischen und wirtschaftlichen Aufgaben auf dem Gebiete der Landwirtschaft, der Elektrifizierung, der industriellen Investitionen und der Konsumgütersteigerung. Diese Arbeiten könnten schneller und wirksamer erledigt werden, wenn die Aufrüstungslasten erleichtert werden. Wie weit auf diesem Wege nun ein Entgegenkommen der Sowjetunion in ihrer außenpolitischen Haltung zu erwarten ist, das bedarf langer und eingehender Verhandlungen.

Dr. Adenauer legte dann im einzelnen noch einmal dar, wie das sowjetische Entgegenkommen in der Frage der Freilassung der Gefangenen erreicht werden konnte. Die deutsche Delegation war fest entschlossen, bei Nichterfüllung dieses Wunsches die Konferenz schon vorzeitig abzubrechen, und die dementsprechenden Anweisungen sind erteilt worden. Dann erfolgte überraschend, anläßlich des festlichen Empfanges, das Einlenken der Sowjetvertreter.

Noch einmal unterstrich Dr. Adenauer die Tatsachen, daß ihm auch für die Moskauer Verhandlungen das volle Vertrauen der Westmächte entgegengebracht wurde und daß ihm im besonderen Präsident Eisenhower in einem Telegramm ihm dieses Vertrauens versichert habe, wie seine Entscheidung auch ausfallen würde. Niemals sei, auch nicht von sowjetischer Seite, der Versuch zu etwaigen Geheimverhandlungen gemacht worden. Ein

Auseinandersetzung mit Materialismus - die große Aufgabe

In der Aussprache des Parteiausschusses wurde ebenfalls besonders nachdrücklich hervorgehoben, daß die Auseinandersetzung mit dem Materialismus eine große Aufgabe gerade für die christlichen Kräfte unseres Volkes darstelle. Die Aussprache beschäftigte sich mit der Außenpolitik, mit der wirtschaftlichen Situation und den sozialen Aufgaben. Bundesminister Dr. Wüermeling warnte davor, die Hausfrauen und Mütter in verstärktem Maße zum Arbeitseinsatz zu bringen, d. h. eine solche Tendenz staatlich zu unterstützen. Er betonte dabei, daß er keineswegs gegen die Berufstätigkeit der Frau als solche eingestellt sei und deren Notwendigkeit in vielen gegebenen Fällen durchaus einsehe. Aber auch in der Steuerpolitik müsse die Gleichberechtigung des Berufes der Hausfrau und Mutter zum Ausdruck kommen. Bundesminister Dr. Tillmanns betonte, daß das klassische Mittel einer staatlichen Einwirkung in der Hochkonjunktur bei uns nicht zum Einsatz gelangen könne, nämlich die Zurückhaltung der öffentlichen Aufträge. Wohnungsbau, Straßenbau, Schulbau verlangten ihr Recht. Auch hier bleibe der Appell an das Verantwortungsgefühl zum Maßhalten auf dem Gebiet der Preise und Löhne ausschlaggebend. Der Wirtschaftsausschuß der Partei werde sich mit dieser Frage, im besonderen auch mit Anregungen, die Prof. Dr. Strickroth machte, beschäftigen.

In der Aussprache über die Außenpolitik ergänzte Bundestagsabgeordneter Kiesinger den Bericht des Bundes-

Scheitern der Moskauer Besprechungen wäre, so betonte der Bundeskanzler, auch für die Atmosphäre in Genf nicht günstig gewesen. Im Zusammenhang mit der Saarfrage wies Dr. Adenauer auf die Krisen und Gefahrenherde, vor allem im Nahen Osten und Nordafrika, hin. Wir müssen uns immer bewußt sein, daß wir in einer Welt voller Gefahren leben. Im Hinblick auf die Saarfrage selbst erklärte der Bundeskanzler, das gute Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich sei nach wie vor die Grundlage der europäischen Politik und der heute mehr denn je notwendigen europäischen Integration. Wörtlich führte Dr. Adenauer aus: „Es stehen so große Fragen vor uns, daß man verlangen muß, daß auch durch die Entscheidung an der Saar die weitere europäische Entwicklung nicht beeinträchtigt wird.“ Er wiederholte in diesem Zusammenhang gegenüber dem Regime des Ministerpräsidenten Hoffmann den entschiedenen ablehnenden Standpunkt, den er zuletzt am 2. September in Bochum dargelegt hatte. Sowohl der Parteivorstand als auch der Parteiausschuß billigten diese Auffassung des Bundeskanzlers.

Am Schluß seiner Ausführungen wies Dr. Adenauer noch einmal auf die Bedeutung der völkerrechtlichen bindenden Vorbehalte hin, die er in seinem Brief an Ministerpräsident Bulganin zum Ausdruck gebracht hatte, vor allem auch im Hinblick auf die Oder-Neiße-Grenze. Zur Zeit müßten aber alle Anstrengungen auf die Wiedervereinigung mit der Sowjetzone gerichtet werden.

kanzlers über die Moskauer Verhandlungen. Er wandte sich auch gegen gewisse schiefe Stimmungsberichte, wie sie in der Presse erschienen seien. Er brachte ferner sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß die Darstellungsweise des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Prof. Carlo Schmid sich immer mehr wandle, je weiter die Moskauer Konferenz zurückliege.

Die Aussprache wandte sich dann der Gestaltung des kommenden Parteitages zu. Bundesgeschäftsführer Dr. Heck gab eine Skizze des Ablaufes. Da die Sozialreform sich noch mitten in der Beratung der Ausschüsse befindet, sei es noch nicht möglich, näher auf dieses Thema einzugehen. Die Landesvorsitzenden wollen die bisherigen Vorschläge über den Verlauf des Parteitages noch im Kreise der Landesvorstände beraten. Der Parteiausschuß wird sich dann noch einmal mit Inhalt und Organisation des Parteitages befassen. Vorläufig ist folgendes Programm vorgesehen:

Montag, den 21. November, Sitzung von Parteivorstand und Parteiausschuß.

Dienstag, den 22. November, Eröffnungssitzung (Bericht des Bundesvorstandes über die Parteilarbeit, Bericht der Bundesfraktion, Änderungsvorschläge zum Statut der Union). Nachmittags Plenarsitzung mit Referat des Parteivorsitzenden.

Mittwoch, den 23. November, Stand der Sozialreform, nachmittags Feierstunde „Zehn Jahre CDU“, abends öffentliche Kundgebung.

Land Bremen im Wahlkampf

Von Ernst Müller-Hermann, MdB

Der Wahlkampf für die Bürgerschaft in Bremen und Bremerhaven nimmt bisher einen ruhigen Verlauf. Das Stadtbild wird durch große Transparente und Werbebefehle der politischen Parteien bestimmt. Die Parteien haben auf kleinere Wahlversammlungen verzichtet und sich mehr auf Großveranstaltungen mit prominenten Rednern aus Bonn eingerichtet.

Den Höhepunkt des Wahlkampfes werden Veranstaltungen der CDU in Bremen und Bremerhaven am Freitag vor der Wahl, am 7. Oktober, bilden, auf denen der Bundeskanzler selbst das Wort nimmt. Die SPD versucht, auf Hausfrauennachmittagen Kaffee, Kuchen und Modenschauen, die Deutsche Partei ein politisches Kabarett als Propagandamittel einzusetzen. Die CDU macht mit dem Einsatz von Filmwagen beste Erfahrungen.

Von den acht Parteien, die sich zur Wahl stellen wollten, ist die Deutsche Aufbauvereinigung des Herrn Loritz bereits ausgeschieden. Die Unter-

„Unser Ziel heißt: Andere Mehrheitsverhältnisse, damit wir nicht von SPD und KPD majorisiert werden können. Ich halte eine Allparteienregierung durchaus für sinnvoll. Wir sind ein kleiner Stadtstaat und können uns getrost mit Schweizer Kantonen vergleichen. Wir haben den Wunsch, auf breiter Basis zu regieren. Es gibt bei uns keine Absprache, das sogenannte Bonner Schema durchzupauken. Wir haben uns auf keine Regierung vorher festgelegt. Wir sind für eine maßvolle Haltung und werden auch nach der Wahl immer versuchen, mit der SPD zusammen zu regieren. Wir wollen keinen neuen Graben aufreißen.“

Dr. Noltenius, Vorsitzender der CDU
— Bremen

schriften, die die Partei für ihren Wahlvorschlag nachweisen mußte, erwiesen sich als unvollständig und gefälscht. Der Bund der Deutschen kann auf eine ins Gewicht fallende Stimmenzahl nicht rechnen. Ob die Kommunisten die 5%-Hürde nehmen können, ist noch nicht zu übersehen. Zu einer Splittergruppe besonderer Art ist der BHE geworden, der in Bremen nie eine Bedeutung gehabt hat und durch den Austritt seiner prominentesten Mitglieder in Bonn noch schwächer geworden ist. Dem entspricht das Bemühen, durch neue Bundesgenossen und durch eine kunstvolle Auslegung des Namens sich neuen Auftrieb zu verschaffen. In einer Presseerklärung wurde die Bezeichnung BHE als „Bund für Heimat und Europa“ gedeutet. Auf der Liste des BHE stehen neben Vertretern einer Fliegergeschädigten-Gruppe Angehörige der „Deutschen Gemeinschaft“ und profilierte ehemalige Nationalsozialisten. Die Vertriebenen selbst haben im BHE keine Heimat, ganz abgesehen davon, daß weder die Rechte noch die Linke in Bremen die Absicht haben dürfte, gerade diesem BHE etwa die Rolle des Züngleins an der Waage zukommen zu lassen, falls die Gruppe wider Erwarten mehr als 5% der Stimmen erhalten sollte.

Die SPD bemüht sich, die Aufbauarbeit in Bremen auf ihr Konto bzw. das

von Bürgermeister Kaisen zu buchen. „Wählt Kaisen!“ ist ihre Parole. Dabei hat sich gerade im Laufe der letzten Jahre bei wichtigen parlamentarischen Entscheidungen, die die SPD in Bremen nicht mit ihren Koalitionspartnern von der CDU und FDP, sondern mit Hilfe der kommunistischen Stimmen durchsetzte, erwiesen, daß der Einfluß Kaisens in seiner Partei denkbar gering ist. Es ist auch kein Geheimnis, daß Kaisen, nicht zuletzt mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand, möglichst bald nach den Wahlen durch einen anderen Mann der SPD ersetzt werden soll. Offensichtlich wird hier eine gewisse Täuschung der Wähler versucht, indem man zwar „Kaisen“ sagt, den radikalen Kräften in der SPD aber Vorschub zu leisten hofft.

Die nichtsozialistischen Parteien haben einen Burgfrieden für die Wahlen abgeschlossen und sich gegenseitig zugesichert, nach den Wahlen gemeinsame Schritte zur Regierungsbildung zu prüfen. Das erklärte Ziel der Bonner Regierungsparteien ist:

Werden alle heimkommen?

Das Deutsche Rote Kreuz hat die auf den Moskauer Besprechungen vereinbarte Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen zum Anlaß genommen, um die Frage zu untersuchen, was mit den Deutschen geschieht, die noch außer den von Bulganin genannten 9 626 verurteilten Deutschen in Sowjetrußland zurückgehalten werden. Wir geben die folgenden Gedanken dazu wieder:

Es wird oft gefragt, ob man sagen kann, wer die 9 626 sind, die mit den ersten Transporten kommen sollen. Obwohl über diese Frage in Moskau nichts bekanntgegeben wurde, kann man annehmen, daß es in der Masse die verurteilten Kriegsgefangenen sind, die mit ihren Angehörigen in Postverbindung stehen. Außerdem kommt eine Anzahl der verurteilten Zivilgefangenen in Betracht, die ebenfalls Schreiberlaubnis haben. Von diesen hat die Sowjetunion aber offenbar nur einen Teil mit den verurteilten Kriegsgefangenen in die 9 626 eingezählt, so daß man sagen kann, daß alle postschreibenden Kriegsgefangenen kommen werden, aber von den postschreibenden Strafgefangenen in den ersten Transporten zunächst nur ein Teil.

Damit erhebt sich die große Frage, wie es um die anderen steht. Die Sowjetregierung hatte dem Bundeskanzler zunächst erklärt, ihr sei nichts von weiteren Deutschen bekannt. Die ehrenwörtliche Zusage der Sowjetpolitik hat dann aber diese weiteren zurückgehaltenen Deutschen ausdrücklich einbezogen. Wir müssen es für durchaus möglich halten, daß der Sowjetregierung keine Übersicht über alle Gruppen von Deutschen vorliegt, die sich zur Zeit noch in der Sowjetunion befinden. Der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes hat schon früher darauf hinge-

die Vormachtstellung der SPD zu beiseitigen, die vierjährige Grundschule wiederherzustellen und eine Gewähr dafür zu schaffen, daß die Politik der Bundesregierung vom Bremer Senat eindeutiger als bisher gestützt wird. In dieser Zielsetzung kommt nur zum Ausdruck, daß gerade Bremen als Hafen- und Handelsstadt an der Fortsetzung der bisherigen Außen-, Wirtschafts- und Finanzpolitik besonders interessiert und auf eine freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Bremen und Bonn angewiesen ist.

Gegen die Christlich-Demokratische Union wird neuerdings nicht nur von der SPD, sondern trotz des Burgfriedens auch von anderer Seite mit der alten Phrase von der „Konfessionalisierung der Politik“ gearbeitet. Das Schreckgespenst von der „schwarzen CDU“ auszumalen, scheint gerade in Bremen beliebt zu sein, obwohl sich sowohl die Unsinnigkeit als auch die Unwirksamkeit dieser These oft genug erwiesen haben. Die CDU in Bremen und Bremerhaven sieht den Wahlen mit ruhiger Zuversicht entgegen. Sie hat sich selbst für die Wahlen zwei Aufgaben gestellt: einmal mit vermehrter Verantwortung im Senat das ihre dazu beizutragen, daß das bremische Gemeinwesen sauber und anständig regiert wird, zum anderen der deutschen sowie der Weltöffentlichkeit zu demonstrieren, daß die Bevölkerung vertrauensvoll wie bisher hinter Bundeskanzler Dr. Adenauer und seiner Politik steht.

wiesen, daß die Straflager offensichtlich dezentralisiert verwaltet werden. Wenn es nun keine zentrale Unterlage über die Deutschen gibt, die noch in den Straflagern und Gefängnissen der Sowjetunion leben, so wird es auch keine zentrale Erfassung der Deutschen geben, die nach Verbüßung ihrer Straflagerzeit wie Sowjetbürger, die ihre Strafe verbüßt haben, irgendwo in eine Arbeit eingewiesen worden sind. Es ist vielleicht sogar ein positiv zu deutendes Zeichen, daß die Regierung der Sowjetunion sich keine zentrale Unterlage über diese Deutschen geschaffen hat, weil es darauf schließen läßt, daß es keine zentrale Anweisung gegeben hat, sie zurückzuhalten. Das wird gestützt durch die Tatsache, daß schon seit längerem regelmäßig einzelne oder kleine Gruppen der Zurückgehaltenen Ausreisegenehmigung erhalten.

Es kommt jetzt nicht darauf an, Untersuchungen über die Gesamtzahl der Zurückgehaltenen anzustellen, sondern darauf, Moskau das Material zu liefern, das nachweist, daß es sich bei den von der Bundesregierung vorgetragene Wünschen um keine bloßen Behauptungen handelt. Hier spielen die Unterlagen des DRK die entscheidende Rolle. Es hat in seiner zehnjährigen Suchdienst-Arbeit und in fünfjährigen Spezialnachforschungen einen guten Überblick über die Deutschen ge-

Mehr als ein Botschafterwechsel

Am 4. Oktober verließ André François-Poncet, erster Botschafter Frankreichs bei der Bundesrepublik, die Stätte seines langjährigen Wirkens, um sich nach Jahrzehnten politischer und diplomatischer Tätigkeit in das Privatleben zurückzuziehen. Mit ihm scheidet ein hochverdienter Mann, dessen Name nicht nur mit der Geschichte der jungen Bundesrepublik, sondern mit der deutschen und europäischen Entwicklung der letzten 25 Jahre auf das engste verknüpft ist. Von 1931 bis 1938 war er Botschafter in Berlin, 1948 wurde er zum Sonderbeauftragten beim französischen Militärbefehlshaber, 1949 zum Hohen Kommissar und nach der Beendigung des Besatzungsstatus zum Botschafter in der Bundesrepublik ernannt. In entscheidungsschweren Jahren hat er also an verantwortungsvoller Stelle gestanden.

Aber nicht erst sein hohes politisches Amt hat ihn in Berührung mit Deutschland gebracht, schon vor beinahe 50 Jahren weilte er als junger Student in Berlin und München, und sein ganzes Leben hindurch galt seine besondere Liebe der deutschen Literatur, der sogar die Jahre seiner Lehrtätigkeit an französischen Schulen gewidmet waren. Ihm bedeuteten daher die diplomatischen Funktionen, die ihm die Regierung seines Vaterlandes übertrug, mehr als eine rein sachliche Aufgabe, er widmete sich ihnen vielmehr weit über den konventionellen Rahmen hinaus mit allen Kräften seiner reichen Persönlichkeit, denn vor ihm stand das große und nur mit außerordentlichen Mitteln zu erreichende Ziel: nach Jahrhunderten einer schicksalsschweren und oft mit Blut geschriebenen Geschichte die beiden Nachbarländer und Kernvölker Europas einander in Verständnis und Freundschaft näherzubringen und so

den Frieden unseres Kontinents und der Welt auf eine sichere Grundlage zu stellen.

Daß wir heute diesem Ziel in einem Ausmaße, das noch vor zehn Jahren unvorstellbar schien, nähergekommen sind, daß Frankreich und die Bundesrepublik auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet nunmehr in vielfältigen Verträgen miteinander verbunden sind, daß wir voll großer Hoffnungen eine immer intensivere und vertrauensvollere Zusammenarbeit sich entwickeln sehen, das ist zu einem ganz hervorragenden Teile das Verdienst der unermüdeten und unbeirrbar wirksamen André François-Poncets, dessen liebenswürdige Persönlichkeit zahllosen Deutschen längst zu einer vertrauten Erscheinung geworden ist. Er, der einmal den Satz

ausgesprochen hat: „Es gibt kein Europa, das nicht auf der beständigen Freundschaft der beiden Zweige des fränkischen Stammes beruht“, ist gerade für die junge und europabegeisterte Generation ein Symbol für die entschlossene Verwirklichung der aus diesem Satz sich ergebenden Konsequenzen.

Nur mit innerer, menschlicher Bewegung sehen wir ihn jetzt aus unserer Nähe scheiden. Mit André François-Poncet verläßt ein hervorragender Vertreter seines Volkes, ein Mann von Geist und umfassendem Wissen, ein Botschafter wahrer Menschlichkeit, ein großer Freund Deutschlands und ein echter Europäer die Bundesrepublik. Er darf gewiß sein, daß ihn die dankerfüllten Wünsche aller Deutschen für hoffentlich noch viele Jahre fruchtbaren Wirkens begleiten. Er verläßt sein Amt, aber er behält seinen Platz in unserer Geschichte und in unseren Herzen.

Wachsender Agrarimport

Mit einer Steigerung um 20 % gegenüber dem vorangegangenen Wirtschaftsjahr hat sich 1954/55 die zunehmende Tendenz der ernährungswirtschaftlichen Einfuhren fortgesetzt. Der Einfuhrwert stieg um 1,3 auf 7,6 Mrd. DM (worauf allerdings die Kaffee- und Tabakimporte einbezogen sind). Der Zuwachs beruht auf einer Erhöhung des Volumens, das 43 % über dem des Wirtschaftsjahres 1950/51 liegt, während der Durchschnittswert je Tonne niedriger geworden ist. Er zeugt im allgemeinen von einer höheren Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes an Nahrungs- und Genussmitteln; nur für die Erhöhung der Getreideeinfuhren dürften Qualitätsmangel der Vorjahresernte und der niedrige Weizenantrag ausschlaggebend gewesen sein.

Mit 5,2 Mill. t Getreidewert haben Getreide und Getreideerzeugnisse nach wie vor den größten Anteil an der Einfuhr (21 %); davon waren 3,1 Mill. t Brotgetreide und 2,1 Mill. t Futtermittel. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr betrug 1,4 Mill. t, womit sich der Einfuhranteil des Getreides um 2 % erhöhte. Die USA und Kanada sind zwar die Hauptlieferanten geblieben, doch ist ihre Bedeutung als Weizenlieferer zugunsten von Argentinien und Frankreich, die auch an den Futtermittellieferungen maßgebend beteiligt waren, zurückgegangen. Einen starken Aufschwung erfährt auch die Einfuhr von Margarineerohstoffen, die am Agrarimport mit 13 % beteiligt sind; besonders gestiegen ist, von der rückläufigen Bewegung der Weltmarktpreise begünstigt, die Einfuhr von Ölsaaten, und zwar von 0,56 auf 0,83 Mill. t. Vermehrt importiert wurden indes auch pflanzliche Öle und Fette (trotz gestiegener Einfuhrpreise). Die Buttereinfuhr lag bei steigendem Konsum und etwas verringertem Inlandsanfall mit 27 700 t um fast 20 000 t über dem Vorjahr. Obwohl die Frischobst- und Gemüseernte wegen der großen Eigenenernte um rund 50 000 t verringert wurde (während die Südfruchteinfuhr nur geringfügig auf rund 711 000 t anstieg) haben diese Posten zusammen mit Gemüse und Trockenfrüchten den zweitstärksten Einfuhranteil (15 %) behalten.

Nur knapp unter der Vorjahresmenge blieb der Zuckerimport mit 234 000 t. Dagegen verzeichnen Fische und Fischwaren einen kräftigen Einfuhranstieg (von 24 100 auf 120 900 t). Bei Fleisch und Fleischwaren ergab sich eine Zunahme des Imports um 16 000 t auf 161 000 t, wobei das Schergewicht bei Rindvieh und Rindfleisch lag, während die Schweine- und Schweinefleisch-einfuhr um 14 000 t gegenüber dem Vorjahr eingeschränkt wurde. Starke Importzunahmen erfuhren Käse (um 5 000 auf 61 800 t), Eier (um 20 200 t auf 162 900 t), Reis (auf 76 000 t), Futtermittel (um 77 000 t auf 417 000 t), Wein (auf 2,3 Mill. hl). Bemerkenswert schließlich noch, daß Kaffee mit 15 % an der ernährungswirtschaftlichen Gesamteinfuhr beteiligt ist.

Werden alle heimkommen?

wonnen, die noch gegen ihren Willen im Ausland leben müssen. Sicher trifft zu, daß alle Angaben, die das DRK machen kann, nur Mindestangaben sind. Werden aber die mit Listen Angeforderten einmal entlassen, so wird wohl die sowjetische Regierung auch die Deutschen freilassen, die sie selbst festgestellt oder die sich bei ihren Behörden melden, auch wenn sie nicht auf den deutschen Anforderungslisten stehen. Selbstverständlich sollten alle, die von einem in der Sowjetunion lebenden Deutschen wissen und das noch nicht beim Suchdienst gemeldet haben, dies endlich beim nächsten Kreisverband des DRK nachholen. Die Zentralen werden dafür sorgen, daß die Meldung nach einer Prüfung in die Liste der Bundesregierung aufgenommen wird.

Auch die Gesamterhebung der Vertreibungsverluste, die jetzt begonnen hat, ist nicht auf die Moskauer Verhandlungsergebnisse zurückzuführen. Sie ist ja schon seit vielen Jahren gefordert worden, und zwar im wesentlichen deshalb, weil die Registrierung der Vermissten und Gefangenen vom März 1950 nur für die Wehrmachtverluste ausreichende Unterlagen ergab. Es kann angenommen werden, daß auch

die Gesamterhebung noch Hinweise bringen wird, die die gegenwärtigen Kenntnisse des Suchdienstes über die fehlenden Deutschen ergänzen werden.

Das DRK wird in den nächsten Monaten verantwortungsschwere Arbeiten zu leisten haben, damit die Unterlagen, die die Bundesregierung der sowjetischen Regierung zu übergeben hat, der Prüfung standhalten und darin keiner vergessen wird, von dessen Existenz in der Sowjetunion etwas bekannt geworden ist. Neben diesen dringenden Arbeiten will das DRK die Nachforschungen nach den Vermissten und nach den verschollenen Gefangenen mit aller Energie fortsetzen. Es wird die zweite Auflage der Vermisstenliste herausbringen und damit noch mehr Heimkehrer als bisher befragen. Es wird darüber hinaus in Fortsetzung des von seinem Präsidenten, Dr. Weitz, begonnenen Weges versuchen, durch Vermittlung der Rotkreuzgesellschaften der anderen Länder Auskünfte zu bekommen. Man darf hoffen, daß die in Moskau erzielte Verständigung in der Gefangenenfrage günstige Auswirkungen auch auf die Nachforschungen nach den Vermissten haben wird. Erst wenn dieser Weg bis zu Ende gegangen ist, werden wir dieses schreckliche Kapitel des unseligen Krieges abschließen können.

C a CDU Deutschlands

Tagung der CDU-Spitzenorgane

Der Bundesparteivorstand der CDU beriet am 30. September und der Bundesparteiausschuß der CDU am 1. Oktober die innen- und außenpolitische Lage. Beide Sitzungen wurden durch einen eingehenden Bericht des Parteivorstandes, Bundeskanzlers Dr. Konrad Adenauer, eingeleitet. Dr. Adenauer berichtete vor allem über seine kürzlichen Verhandlungen in Moskau. Mit Nachdruck betonte Dr. Adenauer, daß sich durch die Moskauer Vereinbarungen im Verhältnis der Bundesrepublik zur freien Welt nicht das geringste geändert hat. „Die Bundesrepublik“, so sagte Dr. Adenauer wörtlich, „ist ein treuer und zuverlässiger Partner des Westens.“

Im Rahmen seiner Ausführungen zur Außenpolitik kam der Bundeskanzler auch auf die Saarfrage zu sprechen. Er erklärte, das gute Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich sei nach wie vor die Grundlage der europäischen Politik und der heute mehr als je notwendigen europäischen Integration. Dr. Adenauer erklärte hierbei wörtlich: „Es stehen so große Fragen vor uns, daß man verlangen muß, daß auch durch die Entscheidung an der Saar die weitere europäische Entwicklung nicht beeinträchtigt wird.“ Er wiederholte in diesem Zusammenhang gegenüber dem Regime des Ministerpräsidenten Hoffmann den entschiedenen ablehnenden Standpunkt, den er zuletzt am 2. September in Bochum dargelegt hatte. Sowohl der Parteivorstand als auch der Parteiausschuß billigten diese Auffassung des Bundeskanzlers. **6. Oktober 1955**

A V 9 d Schiffsverkehr

316 Seeschiffe bei deutschen Werften im Bau

Am 31. August 1955 waren bei den deutschen Werften 316 Seeschiffe mit 930 096 BRT im Bau; hiervon entfielen 126 Seeschiffe mit 490 731 BRT auf ausländische Auftraggeber. Die Zahlen umfassen alle im Bau befindlichen Schiffe ohne Rücksicht darauf, ob Kiellegung bereits erfolgt ist oder nicht. Im Monat August wurden von diesen Werften 32 Seeschiffe mit 94 183 BRT abgeliefert; davon 6 Seeschiffe mit 17 161 BRT für ausländische Rechnung.

Bis einschließlich August wurden im Jahre 1955 121 Seeschiffe mit 292 987 BRT für deutsche Rechnung, 61 Seeschiffe mit 260 658 BRT für ausländische Rechnung, 182 Seeschiffe mit 553 645 BRT insgesamt fertiggestellt.

Die Zahl der Beschäftigten auf den Werften ist von 94 552 am 1. August 1955 auf 95 272 per 1. September 1955 angestiegen. **6. Oktober 1955**

A IV 1 h Jugend- und Familienfragen

Paragraph 67 des Personenstandsgesetzes soll gestrichen werden

Der Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages sprach sich kürzlich abschließend mit Stimmenmehrheit für die Streichung des § 67 des Personenstandsgesetzes aus. Der § 67 des Personenstandsgesetzes enthält die Bestimmung, daß Geistliche, die eine kirchliche Trauung vor der standesamtlichen Eheschließung durchführen, mit einer Geldstrafe bedroht werden. Der Beschluß des Rechtsausschusses erfolgte auf einen Antrag des CDU-Abgeordneten Dr. Karl Weber (Koblenz) und entspricht dem Anliegen der CDU/CSU-Fraktion. **6. Oktober 1955**

A IV 7 c Flüchtlingsorganisationen

28 183 baten um Notaufnahme

Die Zahl der Antragsteller im Notaufnahmeverfahren von Zuwanderern aus der sowjetisch besetzten Zone ist im September gegenüber dem Vormonat von 25 690 auf 28 183 gestiegen, hat also um 9,7 v. H. zugenommen. In Berlin allein stieg die Zahl um 22,1 v. H. Diese stärkere Zunahme in Berlin wird im Vertriebenenministerium auf neue Erschwerungen im Zonengrenzverkehr zurückgeführt. **6. Oktober 1955**

A IV 7 d Kriegsgefangene und Heimkehrer

Die Suchdienst-Arbeit des DRK

Im Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes sind die Bemühungen zusammengefaßt, die der Klärung des Schicksals der im Zusammenhang mit den Ereignissen des zweiten Weltkrieges Vermißten und Verschollenen, der Vermittlung von Hilfen für Gefangene in ausländischem Gewahrsam und der Zusammenführung noch getrennter Familienmitglieder dienen. In die Nachforschungs- und Hilfsmaßnahmen des DRK-Suchdienstes sind im einzelnen folgende Personengruppen einbezogen.

1. **Vermißte Wehrmachtsangehörige.** Zur Klärung ihres Schicksals befragen die Suchdienstmitarbeiter der Landesnachforschungsdienste und Kreisnachforschungsstellen heimgekehrte Kameraden der Vermißten, die mit diesen zur gleichen Zeit in derselben Einheit waren. Durch diese Heimkehrer-Befragungen wurde bisher das Schicksal von ca. 160 000 Wehrmachtsvermißten geklärt. Trotzdem werden noch etwa 1 240 000 Wehrmachtsvermißte von ihren Angehörigen gesucht.

Bearbeitende Fachabteilung: DRK-Suchdienst München, Abteilung Nachforschungszentrale für Wehrmachtsvermißte.

2. **Kriegsgefangene.** Der Suchdienst unterscheidet hierbei zwischen lebenden Kriegsgefangenen, die in Postverbindung mit der Heimat stehen, und verschollenen Kriegsgefangenen, die bis zum Jahre 1950 geschrieben haben oder durch Heimkehrer bekundet worden sind, deren Existenz seitdem aber nicht mehr bekannt ist.

a) **Die postschreibenden Kriegsgefangenen** stehen unter laufender Beobachtung; sie werden mit materieller und rechtlicher Hilfe betreut. Soweit zwischenstaatliche Beziehungen zu den Regierungen der Gewahrsamsländer fehlen, hat sich das Deutsche Rote Kreuz in Zusammenarbeit mit den nationalen Rotkreuz-Gesellschaften seit Jahren um ihre Entlassung bemüht.

b) **Verschollene Kriegsgefangene** sind beim DRK-Suchdienst etwa 96 000 namentlich registriert. Auch für die verschollenen Kriegsgefangenen bereitet der DRK-Suchdienst Bildlisten vor, die dem Erinnerungsvermögen der Heimkehrer eine bessere Stütze geben.

Bearbeitende Fachabteilung: DRK-Suchdienst München, Abteilung Dokumentationszentrale für Kriegsgefangene.

3. **Suchende und gesuchte Kinder.** Das sind Kinder und Jugendliche, die 1937 oder später geboren sind und durch Kriegs- und Fluchtereignisse von ihren Angehörigen getrennt wurden. Durch die besonders segensreiche Arbeit des Kindersuchdienstes konnten in den vergangenen zehn Jahren rund 96 000 Kinder mit ihren Eltern oder sonstigen Angehörigen wiedervereint werden. Aber immer noch suchen 17 000 Kinder (davon 2 456 Findelkinder) ihre Eltern, und etwa ebensoviel Kinder (davon 3 921 Kleinkinder) werden von ihren Eltern gesucht.

Bearbeitende Fachabteilung: DRK-Suchdienst Hamburg, Abteilung Kindersuchdienst.

4. **Verschleppte Zivilpersonen.** Das sind Personen, die seit der Flucht oder Vertreibung aus den zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden ostdeutschen Gebieten und aus den volksdeutschen Siedlungsräumen vermißt werden, für die Hinweise vorliegen, daß sie in die Sowjetunion gebracht worden sind. Die tatsächliche Gesamtzahl dieser Personen konnte noch nicht ermittelt werden. Genauere Unterlagen über die wirkliche Zahl der Verschleppten sowie der Heimgekehrten läßt die Ende des Jahres 1955 beginnende Gesamterhebung zur Feststellung der Verluste der deutschen Bevölkerung aus den Vertreibungsgebieten erhoffen.

Bearbeitende Fachabteilung: DRK-Suchdienst Hamburg, Abteilung II a.

5. **Zivilgefangene im Gewahrsam** osteuropäischer Länder außerhalb der UdSSR. Das sind Personen, die nach 1945 in Polen, in der CSR, in Rumänien, in Ungarn und Jugoslawien inhaftiert wurden. Die Interventionen des Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes zu Gunsten dieser Gefangenen haben ihre Lage in verschiedenen Ländern sehr erleichtert; die zum Teil seit Jahren unterbrochenen Entlassungen wurden wieder aufgenommen.

Bearbeitende Fachabteilung: DRK-Suchdienst Hamburg, Abteilung II b.

6. **Zurückgehaltene Familienteile.** Das sind Personen, die infolge der Kriegsergebnisse von ihren Familien getrennt wurden und in osteuropäischen Ländern zurückgehalten werden.

Bearbeitende Fachabteilung: a) für Familienteile in Polen: DRK-Ref. Familienzusammenführung, Arbeitsgruppe Hamburg; für Familienteile in Südosteuropa: DRK-Ref. Familienzusammenführung, Arbeitsgruppe München. Diese Arbeitsgruppen sind zugleich Geschäftsstellen der Arbeitsgemeinschaft Familienzusammenführung und Kinderdienst, zu der sich die freien Wohlfahrtsverbände zusammengeschlossen haben. Hunderttausenden Familien hat der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes die im Interesse ihrer vermißten, verschollenen und zurückgehaltenen Angehörigen erbetenen Hilfen vermitteln können. Die vielen anderen noch wartenden Familien mögen sich an die für ihren Wohnsitz zuständigen Kreisverbände des Deutschen Roten Kreuzes wenden. **6. Oktober 1955**

A I a Auswärtige Beziehungen

„Plan für Weltsicherheit“

Bundesaußenminister Dr. von Brentano erklärte am 3. Oktober vor dem Presseclub in Washington, die Bundesregierung habe zusammen mit den drei Westmächten einen Plan für Weltsicherheit ausgearbeitet, der dem Vertreter der Sowjetunion bei der kommenden Genfer Außenministerkonferenz vorgelegt werden soll. Brentano sagte: „Dieser Plan wird den Sowjets die Zusicherung geben, daß wir durchaus bereit sind, ihre berechtigten Sicherungsbedürfnisse unter der Voraussetzung zu erfüllen, daß die Sowjetunion ebenfalls willens ist, für die Sicherheitsbedürfnisse der freien Nationen — einschließlich eines wiedervereinigten Deutschlands — Zugeständnisse zu machen.“

6. Oktober 1955

A IV 13 b Wehrgesetzgebung

Bundeskabinett billigt Landbeschaffungsgesetz

Der Entwurf des Landbeschaffungsgesetzes ist am 29. September vom Bundeskabinett gebilligt worden. Er sieht die Beschaffung von Land für Verteidigungszwecke, zur Erfüllung von Verpflichtungen aus zwischenstaatlichen Verträgen und für Maßnahmen vor, die mit diesen Aufgaben unmittelbar zusammenhängen. Das Landbeschaffungsgesetz steht in Zusammenhang mit dem Bundesleistungsgesetz und dem Schutzbereichsgesetz, die beide schon früher vom Kabinett beschlossen wurden. Nach dem Entwurf kann Land entweder durch freihändigen Erwerb oder durch Enteignung beschafft werden. Beim freihändigen Verkauf, der stets zuerst angestrebt werden soll, kann dem Eigentümer eine Barvergütung oder Ersatzland gewährt werden.

Die Enteignung, die erst dann zulässig ist, wenn ein freihändiger Verkauf nicht zustande kommt, muß von dem zuständigen Bundesminister bei der Enteignungsbehörde der Länder beantragt werden. Sie kann zum Entzug des Eigentums nur dann führen, wenn eine schwächere Form der Eigentumsbeschränkung nicht ausreicht. Für die Enteignung wird eine „gerechte Entschädigung“ gewährt, die sich regelmäßig nach dem „gemeinen Wert“ des enteigneten Gutes bemißt. Die Entschädigung wird durch eine Barvergütung oder Ersatzland geleistet.

Das Enteignungsverfahren wird von den Enteignungsbehörden der Länder durchgeführt. Nach vollzogener Enteignung kann der frühere Eigentümer die „Rückenteignung“ verlangen, wenn das Grundstück nicht mehr für die Aufgaben benötigt wird, die zur Enteignung geführt haben. Der Gesetzentwurf sieht schließlich eine eingehende Regelung des Rechtsmittelverfahrens vor. Diese Regelung soll die Gewähr dafür geben, daß die gesamte Anwendung des Gesetzes einer rechtsstaatlichen Kontrolle unterworfen werden kann. **6. Oktober 1955**

A II c 3 Minister und Staatssekretäre

Bundesregierung will Verteidigungsrat bilden

Mit einem Beschluß des Bundeskabinetts über die Bildung eines Verteidigungsrates wird in Bonn in aller Kürze gerechnet. Zwischen dem Bundeskanzler und Sonderminister Strauss wurde in einer zweistündigen Besprechung volle Übereinstimmung erzielt. Wie in Regierungskreisen erklärt wurde, sind Beschlüsse allerdings noch nicht gefaßt worden. Der Verteidigungsrat soll sich wie folgt zusammensetzen: Vorsitzender: Bundeskanzler Adenauer, stellvertretender Vorsitzender: Vizekanzler Blücher, Mitglieder: Verteidigungsminister Blank, Außenminister von Brentano, Innenminister Schröder, Finanzminister Schäffer, Wirtschaftsminister Erhard, Landwirtschaftsminister Lübke, Sonderminister Strauss. Strauss soll als Sondergebiet Fragen der Atomenergie bearbeiten. Der Verteidigungsrat wird als höchstes nationales Gremium in Fragen der Landesverteidigung zuständig sein.

6. Oktober 1955

A II b Bundestagswahlen

Gegen reine Mehrheitswahl

Der Wahlrechtsausschuß des Bundestages hat sich am 29. Oktober bei der ersten Beratung der drei Entwürfe für ein neues Bundestagswahlgesetz gegen ein reines Mehrheitswahlrecht ausgesprochen. Bei der Beratung der Grundzüge des Wahlrechts befürwortete der Ausschuß ein Wahlsystem, nach dem 60 Prozent der Abgeordneten in direkter Wahl und 40 Prozent über Listen gewählt werden. Insgesamt sollen einschließlich der 18 Vertreter Berlins 418 Abgeordnete in den Bundestag einziehen. Das würde dem Stand von 1949 entsprechen. Zur Zeit gibt es 509 Bundestagsabgeordnete.

Der Ausschuß hat in erster Lesung beschlossen, daß die Berliner Bundestagsabgeordneten künftig direkt von der Bevölkerung gewählt werden sollen. Bisher wurden sie vom Abgeordnetenhaus gewählt. **6. Oktober 1955**

C d Ausschüsse

Exil-CDU billigt Kontakt Bonn—Moskau

Der Vorstand der Exil-CDU, der am 2. Oktober 1955 in Königswinter tagte, bejahte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion als eine weitere Möglichkeit, den Weg zur deutschen Wiedervereinigung zu klären. Der diplomatische Kontakt bedeutet keine Anerkennung des Status quo, und eine Anerkennung der „Deutschen Demokratischen Republik“ kommt nicht in Frage. Die Exil-CDU lehnt Verhandlungen mit Pankow ab, da das dortige Regime jeder demokratischen Legitimation entbehrt. Politische Kontakte wären nur mit freigewählten Vertretern der mitteldeutschen Bevölkerung möglich.

6. Oktober 1955

A V i Schleswig-Holstein

Gründliche Weiterberatung des Landesbeamtengesetzes

Der Landesfachausschuß für öffentliche Verwaltung der CDU hat im Anschluß an ein Referat des Landtagsabgeordneten Mentzel zu der jetzt begonnenen Weiterberatung des Entwurfs des neuen Landesbeamtengesetzes in den zuständigen Gremien des Landtages Stellung genommen. Er ist der Auffassung, daß unbedingt an der Regelung des § 86, d. h. an der automatischen Gleichstellung der Bezüge der Landesbeamten an die der Bundesbeamten festgehalten wird. Ein Personalaussschuß, wie ihn der Entwurf des Bundesrahmengesetzes vorsieht, kann nur dann bejaht werden, wenn er von jedem politischen oder Interessen-Einfluß frei bleibt und seine Aufgaben auf die Begutachtung der Einstellung von Außenseitern begrenzt werden. Hinsichtlich des Problems der Wählbarkeit von Angehörigen der Landesverwaltung in den Landtag bleibt der Ausschuß bei seinem Standpunkt, daß das Mandat nur unter gleichzeitiger Beurlaubung aus dem Amt übernommen werden kann. Er begrüßt nach wie vor, daß hinsichtlich des Pensionsrechts die 10jährige Wartezeit und der Beförderungsschnitt, die im Bundesbeamtengesetz enthalten sind, in den Entwurf des Landesgesetzes nicht aufgenommen sind. Beide Bestimmungen widersprechen einem althergebrachten Grundsatz des Berufsbeamtentums. Der Ausschuß befürwortet im übrigen eine sehr gründliche Weiterberatung des neuen Landesbeamtengesetzes.

6. Oktober 1955

A I b Auswärtiges Amt

Falsche Beschuldigungen gegen Botschafter v. Herwarth

Der frühere Ministerpräsident von Baden-Württemberg und Verteidiger im Schmeißer-Prozeß, Dr. Reinhold Maier, hat nach einer Meldung der „Süddeutschen Zeitung“ vom 30. September einem Korrespondenten dieser Zeitung gegenüber erklärt, der Gerichtsvorsitzende habe im Schmeißer-Prozeß verlesen, die Frau eines früher in der bayerischen Staatskanzlei beschäftigten Herrn v. Herwarth, die damals in Kitzbühel wohnte, habe laufend Nachrichten aus der bayerischen Staatskanzlei an die Franzosen weitergeleitet.

Der erwähnte Herr v. Herwarth ist der jetzige deutsche Botschafter in London. Die Äußerung kann den Anschein erwecken, es handele sich um eine Feststellung des Gerichts. In Wirklichkeit handelt es sich um Teile einer Aussage des Angeklagten Schmeißer vom 22. November 1951, die von dem Gericht verlesen wurden. Botschafter v. Herwarth und Frau v. Herwarth erklären hierzu: „Die der Äußerung des Herrn Dr. Reinhold Maier zu Grunde liegenden Angaben Schmeißers sind falsch; sie entbehren jeder Grundlage.“

6. Oktober 1955

A I e Saargebiet

Religion nicht für Wahlpropaganda mißbrauchen

Den politischen Parteien sei es nicht erlaubt, die Religion in den Dienst ihrer wahlpolitischen Ziele einzuspannen, stellt der Apostolische Visitator für das Saargebiet, Msgr. Dr. Michael Schulien, in einer Erklärung zum Abstimmungskampf an der Saar fest. Die Wahlpropaganda sei bedauerlicherweise mehrfach auf das kirchliche Gebiet getragen worden, heißt es in der Erklärung. „Die katholische Kirche sieht darin einen Mißbrauch der Religion, den sie niemals billigen kann.“ Msgr. Schulien weist ferner darauf hin, „daß nach kirchlicher Auffassung alle Wähler frei sind, so abzustimmen, wie sie es nach bestem Gewissen für richtig halten“. Dabei sei es für sie eine religiöse Pflicht, die Rechte der Kirche zu schützen und sich für das Wohl ihrer Heimat mit verantwortlich zu fühlen.

6. Oktober 1955

A V g Baden-Württemberg

Für Verabschiedung der Schulgesetze von Baden-Württemberg

Der kulturpolitische Ausschuß des CDU-Landesverbandes Nordbaden hat in einer Entschliebung die Verabschiedung des Privatschulgesetzes und des Lehrerbildungsgesetzes durch den gegenwärtigen Landtag gefordert. Der Ausschuß fordert die Einhaltung der Verfassungsbestimmungen und bedauerte, daß von verschiedenen Seiten mehr oder weniger offen auf Nichteinhaltung der Verfassung hingearbeitet werde. Der Landtag ist nach Auffassung des Ausschusses verpflichtet, das Lehrerbildungsgesetz und das Privatschulgesetz noch in dieser Legislaturperiode nach der Verfassung und nach mündlichen Zusagen der Koalitionspartner zu verabschieden. Die umstrittene Voll-Verabschiedung des Staatshaushaltsplanes 1956 durch den jetzt auslaufenden Landtag dürfe nicht als Hinderungsgrund für die Verabschiedung der beiden wichtigen Schulgesetze dienen. Der Fraktion der CDU müßte nach Auffassung des Ausschusses nahegelegt werden, unter diesen Umständen beim Haushaltsplan nicht mitzuwirken.

6. Oktober 1955

A II c 2 Bundeskanzler

Bundeskanzler beantwortet SPD-Anfrage zum Fall Schmeißer

Die SPD hatte vor einigen Tagen im Zusammenhang mit dem Ausgang des Schmeißer-Prozesses im Bundestag eine Große Anfrage eingebracht. Dr. Adenauer wird diese Anfrage bereits in der Bundestagssitzung vom 12. Oktober beantworten. Der Bundeskanzler hat dem Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier mitgeteilt, die Bundesregierung lege Wert auf eine schnelle Beantwortung und erbitte, die Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung zu setzen. Auch in der Fraktion der CDU/CSU wird eine sofortige Beantwortung befürwortet, um eine baldige Bereinigung der Angelegenheit sicherzustellen.

6. Oktober 1955

A I e Saargebiet

Falsche SPD-Behauptungen zur Saarpolitik

Der Sozialdemokratische Pressedienst vom 3. Oktober behauptet, in der Parteivorstandssitzung der CDU am 30. September sei die Saarpolitik des Bundeskanzlers mit Mehrheit abgelehnt worden. Hierzu wird festgestellt: Diese Behauptung entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Richtig ist vielmehr, daß die Saarpolitik des Bundeskanzlers gebilligt wurde und der Parteivorstand, ebenso wie der Parteiausschuß am 1. Oktober, nochmals seine bisherige Haltung in der Saarfrage bestätigt hat.

6. Oktober 1955

A IV 7 a Allgemeines

Wechsel im Vertriebenenministerium nicht angebracht

Die Arbeitsgemeinschaft der Ostvertriebenen-Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages erklärt zu Pressemeldungen, nach denen das Präsidium des „Bundes vertriebener Deutschen“ (BvD) vom Bundeskanzler die Abberufung des Bundesvertriebenenministers Prof. Oberländer verlangen wolle, es sei nicht Sache von unpolitischen Verbänden, solche Vorstellungen zu erheben. Die Arbeitsgemeinschaft halte eine Veränderung in der Spitze des Vertriebenenministeriums nicht für angebracht. Die Entscheidung in dieser Frage liege im übrigen allein beim Bundeskanzler.

6. Oktober 1955

A IV 4 a Allgemeines

CSU-Vorschlag auf Steuererleichterung für Grünlandbetriebe

Abgeordneter Dr. Gleissner (CSU) hat mit weiteren Fraktionsmitgliedern der CSU im Bundestag folgende Parlamentarische Anfrage eingebracht:

„Die Ertragslage der landwirtschaftlichen Betriebe mit einem Grünlandanteil von mehr als 60 % ist erheblich ungünstiger als die anderer landwirtschaftlicher Betriebsgruppen. Diese Tatsache ist durch die Ergebnisse der Buchführungen eindeutig erwiesen und findet bei der Einkommenbesteuerung buchführender Betriebe entsprechende Berücksichtigung. Dagegen werden nichtbuchführende Betriebe bei der Berechnung der Einkommensteuer gleich behandelt, ob es sich um Grünland-Betriebe oder andere landwirtschaftliche Betriebe handelt, indem als Reinertrag ein Zwölftel des Einheitswertes unterstellt wird. Es wäre deshalb gerecht, bei Betrieben mit mehr als 60 % Grünlandanteil

- a) ein Achtzehntel des Einheitswertes als Reinertrag anzunehmen,
- b) für diese Betriebe einen zusätzlichen Freibetrag zur Einkommensteuer in Höhe von 1 000,— DM jährlich zu gewähren.

Ist die Bundesregierung bereit, auf dem Wege von Verwaltungsanordnungen oder durch eine Gesetzesvorlage die beiden aufgezeigten Vorschläge aufzugreifen?“

6. Oktober 1955

A V g Baden-Württemberg

Südwestdeutsche CDU zum Landesverwaltungsgesetz

In einer gemeinsamen Erklärung haben die Landesvorsitzenden der CDU in Baden-Württemberg zu den Beschlüssen des Landtags in der zweiten Beratung des Landesverwaltungsgesetzes Stellung genommen. Sie empfahlen dringend die Zurückstellung der für 12. Oktober vorgesehenen dritten Lesung des Gesetzes. Nach ihrer Ansicht muß dem Ministerpräsidenten Gelegenheit zur Stellungnahme vor dem Parlament gegeben werden. Die Entscheidung des Landtags, die Regierungspräsidenten künftig nicht mehr dem Ministerpräsidenten, sondern dem Innenministerium zu unterstellen, wurde von den Landesvorsitzenden lebhaft bedauert. Im Interesse des Ansehens des Ministerpräsidenten und der Regierungspräsidenten lehnten die CDU-Vorsitzenden eine derartige Regelung ab.

Schließlich bezeichneten die Landesvorsitzenden den Beschluß, neben Rastatt noch Bühl und Baden-Baden aus dem Regierungsbezirk Südbaden auszugliedern, als unverständlich. Nach der vom Ministerrat beschlossenen Befragung der Bevölkerung von Bühl und Baden-Baden, die sich eindeutig für den Verbleib bei Südbaden ausgesprochen habe, sei der Beschluß des Landtags als mit den demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar zu betrachten. Sie hofften, so schließt die Verlautbarung der CDU-Vorsitzenden, daß der Landtag in der dritten Lesung diese Entscheidung revidiere und es bei den bisherigen Grenzen belasse.

6. Oktober 1955

Die Wirtschaftsfragen in Moskau

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat sich nach seiner Rückkehr aus Moskau über die wirtschaftlichen Auswirkungen seiner politischen Verhandlungen mit der Sowjetunion sehr zurückhaltend geäußert.

Vor dem Bundestag erklärte er: „In der Frage der wirtschaftlichen Beziehungen haben wir uns große Zurückhaltung auferlegt. Handelsbesprechungen sind späteren Gesprächen vorbehalten, wie das auch aus dem Schlußkommuniqué ersichtlich ist.“ Die für die Wirtschaftspolitik zuständigen Ressorts vertreten gleichfalls eine abwartende Auffassung.

Eine unmittelbare und sichtbare Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen war von der Moskauer Konferenz insofern ja auch von vornherein nicht zu erwarten, als auf ihr wirtschaftliche Fragen nur am Rande berührt und offiziell so gut wie gar nicht zur Sprache gebracht wurden. Allerdings hatten die Handelspolitiker der deutschen Delegation die erwünschte Gelegenheit zu informativen Gesprächen mit den wirtschaftspolitisch führenden Instanzen der Sowjetunion, so mit dem sowjetischen Außenhandelsminister und dem Chef der Planungskommission.

Auch wenn man von der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion eine gewisse Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen erwarten kann, so darf man doch die bekannten Schwierigkeiten nicht übersehen, die sich schwerlich rasch überwinden lassen dürften. Der sowjetische Außenhandel wird in erster Linie von politischen — nicht von wirtschaftlichen — Erwägungen bestimmt und ist daher mit Unsicherheiten und Überraschungen verbunden. Dazu kommt, daß der Außenhandel in der Sowjet-

union und im gesamten Ostblock integrierender Bestandteil der Planwirtschaft ist, was wiederum zur Folge hat, daß die Außenhandelsbeziehungen innerhalb des staatlichen Apparates einer gewissen Anlaufzeit bedürfen, bis sie in das System der Planwirtschaft eingefügt werden. Auf diesen Punkt machen Experten besonders aufmerksam, indem sie vor der Erwartung sprunghafter Außenhandelsumsätze warnen und zu jener Geduld ermahnen, die im Verkehr mit dem Osten erforderlich ist. Weiterhin wird auf das sowjetische Autarkieprinzip hingewiesen, das dem Außenhandel nur insoweit Raum gibt, als er zur Überwindung planwirtschaftlich ermittelter Engpässe dient. Auf die bekannten schwerwiegenden Strukturveränderungen des sowjetischen Außenhandels (Industrialisierung auf Kosten der Landwirtschaft) braucht nicht mehr näher eingegangen zu werden. Wenn die Sowjetunion zwar gelegentlich Holz- und Kohlelieferungen

übernimmt, so werden doch keine umfangreichen Abgaben erwartet. Für möglich hält man hingegen größere Lieferungen von Erdöl und bestimmten Erzen (Mangan- und Chromerz). Auch daß der Anteil der Sowjetunion am Welthandel noch nicht einmal ein Prozent ausmacht, wird als Argument gegen übertriebene Erwartungen angeführt.

Keine Sorge bereitet demgegenüber der Zahlungsverkehr, obwohl die sowjetischen Guthaben im Westen relativ gering eingeschätzt werden. Als zweitgrößter Goldproduzent der Welt hat die Sowjetunion jedoch erhebliche Goldmengen gehortet, mit denen sie ihre Bezüge bezahlen kann, soweit ein Ausgleich durch Tauschgeschäfte nicht möglich ist. Außerdem ist die Sowjetunion an das Transferable-Account-System des englischen Pfund angeschlossen und kann auf diese Weise über den Sterlingblock Verrechnungen durchführen. Auch wenn die Verrechnungsmöglichkeiten für den Rußlandhandel trotz mehrfacher Verhandlungen im Rahmen der ECE noch keine vertragliche Regelung gefunden haben, werden auf diesem Gebiet in der Praxis keine Schwierigkeiten erwartet.

Das preispolitische Programm

Das Programm des Bundeswirtschaftsministeriums zur Stabilisierung und Senkung der Preise, das Staatssekretär Dr. Westrick vor der Bundestagsfraktion der CDU/CSU erläuterte, sieht an erster Stelle vor, daß die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangehen soll. Wenn der Staat wünscht, daß die Preise nicht erhöht werden, dann muß er damit bei sich selbst anfangen. Das Bundeswirtschaftsministerium erwägt zu diesem Zweck eine Vorlage, die vielleicht dazu führen könnte, daß staatlich gebundene Preise keine Erhöhung erfahren dürfen. Für die ihm nicht unterstellten Sektoren (Ernährungswirtschaft, Wohnungswirtschaft) kann das Wirtschaftsministerium zwar keine bindende Erklärung in dieser Hinsicht abgeben, doch hält es eine Übereinstimmung im Grundsatz für sehr wesentlich.

Im einzelnen stehen auf dem Programm des Bundeswirtschaftsministeriums folgende Punkte bzw. Erwägungen:

1. Beim elektrischen Strom werden dank der Kostendegression Preisermäßigungen zumindest beim Verbrauch der Haushaltungen für möglich gehalten.

2. Eine nicht unbeträchtliche Preis senkungsmöglichkeit wird von einer Herabsetzung der Verbrauchsteuern erwartet, wobei insbesondere an die Zucker-, Salz-, Tee- und Zündwarensteuer gedacht wird.

3. Zollsenkungen werden ins Auge gefaßt, von denen man sich eine Auswirkung auf die Verbraucherpreise verspricht (z. B. Zollermäßigung für Fleischerei-, Molkerei- und Baumaschinen).

4. Auch die Fortsetzung der Liberalisierungspolitik wird Erleichterungen im Preisgefüge bringen.

5. Die Jedermann-Einführen werden zwar nicht als Allheilmittel angesehen, doch verspricht man sich von ihnen eine kleine Auflockerung. Der Bundesernährungsminister hat sich mit ihnen im Grundsatz einverstanden erklärt, wünscht allerdings einige Ausnahmen.

6. Entscheidenden Wert legt das Bundeswirtschaftsministerium auf die baldige Verwirklichung des Kartellgesetzes. Fürs erste denkt es an die Wiedereinführung des § 19 des Wirtschaftsstrafgesetzes in gemäßigter Form. Die gesamte Beamtenschaft des Bundeswirtschaftsministeriums wird, wie Staatssekretär Dr. Westrick erklärt, verpflichtet werden, aus dem beabsichtigten Preisüberhöhungsparagraphen keinen „polizeilichen Schnüffelparagraphen“ werden zu lassen.

7. Breitangelegte Aussprachen mit allen in Betracht kommenden Sektoren der Wirtschaft (Unternehmer in Industrie, Handel und Handwerk, Gewerkschaften) sollen eine Klärung und Abstimmung über die Preis- und Lohnpolitik bringen.

8. Das Bundeswirtschaftsministerium beabsichtigt weiter, jene Investitionen, die in erster Linie eine Expansion der jetzigen Produktion zum Ziele haben, zu beschränken, zumindest nicht mehr zu fördern. Bei der Hergabe von Bürgschaften wird daher künftig starke Zurückhaltung geübt werden. Davon werden aber Investitionen zur Rationalisierung nicht betroffen.

9. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge soll eine größere Streuung, im übrigen aber eine besondere Zurückhaltung angestrebt werden. In diesem Sinne wird mit den Länderregierungen und den kommunalen Organisationen verhandelt werden. Der soziale Wohnungsbau soll jedoch keine Einschränkung erfahren.

Das Freizeitgesetz im Handel

Die Nachricht, daß der CSU-Abgeordnete Stücklen, der Vorsitzende des Mittelstandsausschusses des Bundestages, einen Gesetzentwurf über den Ladenschluß im Einzelhandel ausgearbeitet habe, der u. a. auch den rollierenden Ladenschluß vorsieht, trifft, wie der „Mittelstandsbrief“ von unterrichteter Seite erfährt, nicht zu. Zwar besteht ein solcher Gesetzentwurf, aber Abgeordneter Stücklen hat ihn weder verfaßt, noch hat er die Absicht, ihn im Bundestag einzubringen. Damit werden auch die in einem Teil der Presse gegebenen Darstellungen hinfällig, die den Diskussionskreis Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit diesem Entwurf identifizierten und von einem Gegenentwurf gegen die Vorlage des Abg. Meyer-Ronnenberg sprachen. Der Diskussionskreis hat den Entwurf nicht erstellt, sondern nur als Beratungsgegenstand vorgesehen. Eine Entscheidung zugunsten des rollierenden Systems ist demnach keineswegs getroffen, sie ist nach Auffassung parlamentarischer Kreise auch durchaus unwahrscheinlich.

Fanfani bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

An der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion der vergangenen Woche nahm auch der ehemalige italienische Ministerpräsident und Generalsekretär der Democrazia Cristiana, Prof. A. Minatore Fanfani, teil. In seiner Begrüßung betonte der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU Dr. Heinrich Krone die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit der christlichen Parteien in Europa; nur dann könnten der christliche Gedanke und die europäische Zusammenarbeit wirksam werden. Er hob erneut hervor: „Das deutsche Volk steht nach wie vor zur westlichen Freiheit und damit auch zu den Pariser Verträgen.“ Prof. Fanfani betonte gleichfalls die gemeinsame Verantwortung der christlichen Parteien für das christliche Europa. Er wies besonders auf die Notwendigkeit einer guten Organisation der christlichen Parteien hin, denn gute Ideen könnten nur dann wirksam werden, wenn eine gute Organisation in ihren Dienst gestellt werde. Die gemeinsamen Ideale würden auch die gemeinsame Gefahr bannen.

Die Fraktion billigte den Vorschlag des Vorstandes, in Berlin eine grundsätzliche Konjunkturdebatte durchzuführen. In Arbeitskreisen und im Fraktionsplenum wird sich die CDU/CSU noch ausführlich mit den anstehenden Problemen wie Preisen, Zöllen, Steuern und den Auswirkungen der Konjunktur auf den sozialen Bereich der Renten und Löhne befassen. — Eingehend diskutierte die Fraktion das Kriegsfolgenschlußgesetz und andere aktuelle Fragen.

Die CDU/CSU-Fraktion hat gemeinsam mit den anderen Fraktionen im Bundestag einen Antrag eingebracht, die Zündwarensteuer auf den Stand

Gemeinsamer Weg nach Genf

zu deutschen Gunsten, sondern selbstverständlich auch zu Gunsten der anderen Vertragspartner angewendet werden kann. Es muß daher im Augenblick, also vor der Genfer Konferenz, als höchst fraglich bezeichnet werden, ob eine solche Anregung für Deutschlands Interesse nützlich ist.

Außenminister von Brentano hat im Verlauf seines Aufenthaltes in den USA zu diesen Fragen wiederholt Stellung genommen und u. a. erklärt, die Grundlage jedes Abkommens in Europa sei ein aus freien Wahlen hervorgegangenes wiedervereinigtes Deutschland, das frei den internationalen Organisationen seiner Wahl beitreten könne.

Im Zusammenhang mit der Konferenz ist auch die Frage eines Erscheinens sowohl einer Bonner als einer Pankower Delegation angeschnitten worden. Dabei ergab sich die in Bonn nie umstrittene Feststellung, daß das Anhören von Regierungssachverständigen keine Anerkennung der Regierung Pankows bedeutet. Es ist also durchaus möglich, daß sich im Verlauf der Konferenz die Vertreter Bonns mit den Regierungen der Westmächte und die Vertreter Pankows mit den Delegierten des Kremls unterhalten.

zu senken, den sie vor 1945 hatte. Damit wird die außerordentliche Steuererhöhung durch die ehemaligen Besatzungsmächte (Verzehnfachung der Zündwarensteuer) aufgehoben. Ab 1. April 1956 wird die Schachtel Streichhölzer statt bisher 10 nur noch 5 DPfg. kosten.

Eine besondere Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU-Fraktion wird sich künftig mit der Koordinierung der militärpolitischen Arbeit der CDU/CSU-Abgeordneten in den Bundes-

Aus Niedersachsen:

Sozialpolitik der Tat

In der ersten Landtagssitzung nach den Sommerferien sah sich die niedersächsische Sozialdemokratie plötzlich und unerwartet aus einer Stellung geworden, die sie immer grundlos als ihre eigenste Domäne ausgegeben hatte. In einer Großen Antrage glaubte sie, das Kabinett Heitwege ermuntern zu müssen, an die Arbeitslosen auch im Winter 1955 Winterbeihilfen auszuschütten. Sozialminister Dr. Rudolph (CDU) antwortete der SPD, daß die Landesregierung selbstverständlich wieder solche Beihilfen auszahlen werde, daß ihre Hilfe sich aber von der des irrunen Kabinetts Kopf (SPD) wesentlich unterscheidet. Während nämlich im Vorjahr die Empfänger von Winterbeihilfe bis Ende November warten mußten, bevor sie in den Genuß des Geldes kamen, hat das Kabinett Heitwege dafür Sorge getragen, daß

tagsausschüssen befassen. Der Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft liegt in den Händen des Abg. Fritz Berendsen. Die Beratungspunkte der ersten Sitzung waren: Eignungsübungs-gesetz, Organisation und Spitzengliederung der Streitkräfte.

Der Verkehrsausschuß des Bundestages hat einstimmig den Vorschlag des CDU-Abgeordneten Müller-Hermann angenommen, wonach Unterausschüsse bei Bundestag und Bundesrat eingesetzt werden sollen, die mit dem Verkehrsministerium Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit erörtern werden.

diesmal schon in der zweiten Oktoberhälfte ausgezahlt wird.

An Hand einer klaren landeseigenen Statistik wies Minister Dr. Rudolph fernernach, daß die angeblich und immer wieder vorgetragene Behauptung die Lebenshaltungs-Kosten hätten sich wesentlich erhöht, nicht stimmt. Sie waren in Niedersachsen im Juli 1955 genau so hoch wie im Herbst 1954. Dennoch hat die Landesregierung die Beihilfen um zehn Prozent erhöht. Sie hat das deshalb getan, weil die Kohlenpreise zwar nicht jetzt, aber im Winter 1953/54 gestiegen sind, ohne daß das Kabinett Kopf im Herbst 1954 dieser Tatsache Rechnung getragen hätte. Dieses Versäumnis einer von der SPD geführten Regierung wird jetzt von einer Regierung ohne SPD wiedergutmacht.

Familienheime haben Vorrang

Im Verlauf der bisherigen Beratungen des Ausschusses für Wiederaufbau und Wohnungswesen über die Novelle zum Wohnungsbaugesetz (Familienheimgesetz) wurde bereits durch den § 13 festgelegt, daß die Obersten Landesbehörden sicherzustellen haben, daß im Landesdurchschnitt mindestens 30% der zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel zur Förderung des Baues von Eigentümerwohnungen in Familienheimen eingesetzt werden. Nunmehr hat die Fraktion der CDU/CSU einen weiteren Änderungsantrag eingebracht, durch den der Vorrang der Förderung von Familienheimen noch stärker verankert werden soll. Sieht der § 13 eine Minimalgrenze von 30% der öffentlichen Förderungsmittel für den Bau von Wohnungen in Familienheimen vor, die jederzeit nach oben hin überschritten werden kann, so soll durch eine Neufassung des § 25b auf einem weiteren Gebiet der Eigenheimbau bevorzugt werden.

Bekanntlich herrscht Einmütigkeit darüber, daß neben dem Neu- und Siedlungsbau auch der Wiederaufbau der zerstörten Städte und Gemeinden nicht vernachlässigt werden darf. In der jetzt zur Beratung stehenden Novelle soll daher zwingend festgelegt werden, daß in Gemeinden mit Kriegszerstörungen aus den

der Bewilligungsstelle zur Verfügung stehenden öffentlichen Mitteln mit Vorrang der Wiederaufbau und die Wiederherstellung durch diejenigen Bauherren gefördert wird, die im Zeitpunkt der Zerstörung oder Beschädigung Eigentümer der Grundstücke waren oder jetzt Erben derartiger Grundstücke sind. Kann aber der Eigentümer oder Erbe den Wiederaufbau seines zerstörten Eigentums im Rahmen der örtlichen Bauplanung oder wegen einer evtl. vorgesehenen Umlegung an der alten Stelle nicht durchführen, so muß er bei der Zuteilung der Mittel in gleicher Weise berücksichtigt werden, wenn er statt dessen einen Wiederaufbau auf einem anderen Grundstück vornehmen will. Ebenso sollen Geschädigte oder deren Erben behandelt werden, die einen Vertreibungsschaden gem. § 12, 1 LAG geltend machen können und nunmehr einen Wiederaufbau, eine Wiederherstellung oder einen Ersatzbau durchführen möchten.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Nassestr. 2 - Verlag und Vertrieb: Argelanderstr. 173 - Redaktion: Bonn, Pressehaus IV am Bundeshaus, Schließfach 102. Banken: Bundesgeschäftsstelle der CDU Bonn, Post-scheck-Konto Köln 365 31; Bankverein Westdeutschland, Bonn Nr. 74 87.

Druck: Buch- u. Verlagsdruckerei L. Leopold, Bonn.